

Umlaufsicherung vs. Niedrig-Zins-Politik und Inflationsstrategie der Notenbanken

Von Simon Bichlmaier

Das Ziel, mit Hilfe einer Umlaufsicherungsgebühr zu einem um Null pendelnden Zins zu kommen, ist nicht leicht zu vermitteln.

Ein Einwand lautet, dass dieses Anliegen unsinnig sei, da ja die Niedrig-Zins-Politik der Notenbanken erst zur heutigen Krise geführt habe.

Doch mit dieser Argumentation werden zwei völlig unterschiedliche Sachverhalte fälschlicherweise als „Gleiches“ betrachtet.

Warum die Niedrig-Zins-Politik der Notenbanken letztlich betrieben wurde

Nach dem 2. Weltkrieg war das schnelle Wachstum der Wirtschaft kein Problem, sondern ein Segen. Zum Problem wurde es einstweilen nicht, da der Wiederaufbau ohnehin viele Investitionen erforderte und die Akkumulation der Vermögen und das Schuldenwachstum nach der Währungsreform 1948 zunächst langsam verlief, also in Relation zum Wachstum der Wirtschaft insgesamt unbedeutend blieb.

Erst Mitte der Achtziger Jahre begannen die Vermögen und Schulden bedeutend schneller zu wachsen als die Volkswirtschaft selbst, und seit Anfang der Neunziger fiel das Wachstum der Volkswirtschaft demgegenüber rapide zurück.¹

Spätestens damals hätten die Zinsen also auf Null fallen müssen um den weiteren von den Vermögensansprüchen (Zins) definierten Mindest-Wachstumswang der Wirtschaft – insbesondere der Schulden! – aufzuheben. Nur so wäre der Weg in den Schuldenstaat vermeidbar gewesen. Dies konnte aber aufgrund der von Keynes so erkannten Liquiditätsfalle nicht geschehen:

Diese führt dazu, dass das Geld unterhalb eines bestimmten Mindestzinses nicht mehr gebunden angelegt wird, da der Vorteil der sofort verfügbaren Kaufkraft höher bemessen wird als jener durch die allzu geringen Zinseinkünfte.

Daher müssen die Zinsen – wenn der Geldfluss nicht versiegen soll – in einem für die Kapitalbesitzer akzeptablen Bereich gehalten werden. Um diese Zinsen aber bezahlen zu können, müssen Kreditnehmer bereitstehen, die zu diesen Zinsen Geld ausleihen und – das ist besonders wichtig – die Kredite mitsamt den Zinsen auch wieder




tilgen können. Dies kann im Ganzen gesehen aber nur in einer entsprechend wachsenden Volkswirtschaft gelingen. Die Volkswirtschaften konnten aber nicht annähernd so schnell wachsen wie die angelegten Vermögen – sprich die Unternehmen und Privaten fragten in Relation zum erwarteten Vermögenswachstum zu wenig Kredite nach. Eine Kreditnachfrage mit realwirtschaftlichem Bezug kann exponentiellen Entwicklungen auf Dauer nicht folgen.

Der Staat fragte fortan jene Kredite nach, die nachgefragt werden mussten, damit das akkumulierte Geld seine Rendite weiter erhalten konnte – dies ist der Hauptgrund für die zumeist unaufhaltsam ansteigenden Staatsverschuldungen. Als System-adäquate „Lösung“ galt es also, die Vermögensrenditen fortan faktisch vom Steuerzahler begleichen zu lassen. Dies wird ja auch immer wieder so erwähnt: Das Wirtschaftswachstum Deutschlands wurde seit Mitte der Siebziger Jahre weitgehend durch die Staatsschulden finanziert.²

Spätestens damals hätte eine Umlaufsicherungsgebühr für das Geld das weitere leistungslose Vermögenswachstum verhindern müssen, doch dazu später. Folgen wir zunächst dem Lauf der Geschichte um dann zur Niedrig-Zins-Politik der größten Notenbanken in den letzten Jahren zu kommen:

Global gesehen lag das Problem – zusätzlich zu oben Genanntem – auf zwei weiteren Ebenen, die dann alle *zusammen* zur heutigen Krise führten:

1. *Die Geldebene im Wachstumswang:* Alle Vermögenszuwächse brauchen ihr parallel anwachsendes Schulden gegenüber. Die Weltwirtschaft strebte nicht mehr von selbst voran, sie musste immer mehr von einer „Konjunk-



*tur-Lokomotive*³ gezogen werden, jemand musste all die global benötigten zusätzlichen Kredite nachfragen: Eine ausreichend große Nation oder Region der Erde hatte durch immer größere schuldenfinanzierte Nachfrage immer größere Defizite hinzunehmen. Nur so konnten die weltweit angelegten Vermögenswerte weitgehend als Kredite nachgefragt und mit Zinsen zurückgezahlt werden. Jene Global-Konjunktur-Lokomotive war in den letzten Jahrzehnten v.a. die USA. Sie haben den US-Dollar auf der Bretton-Woods-Konferenz in die Leitwährungsrolle manipuliert,⁴ jahrzehntelang ihre (*vermeintlichen*) Vorteile daraus gezogen, nach Beendigung der Goldeinlösepflicht den Dollar machtvoll ans Öl gekoppelt⁵ ... wer Öl wollte, brauchte US-Dollars ... so blieb der US-Dollar stets verlässlich in hohem Maße nachgefragt, die USA konnten sich immer weiter verschulden, der Kapitalstrom wurde so auf hohem Niveau gesichert. Es entstand ein rapide anwachsendes Ungleichgewicht, von dem die Weltwirtschaft im Laufe der Zeit immer abhängiger wurde.

2. *Weltgeldzwänge*: Dieser Punkt ist mit dem letzten eng verflochten und zeigt, wie fatal die vermeintlich vorteilhafte Regelung von Bretton-Woods für die USA letztendlich war: Die Weltwirtschaft benötigte eine internationale Verrechnungseinheit, damit alle Länder direkt miteinander Handel treiben konnten ohne dass in jedem einzelnen Fall die Handelsbilanzen ausgeglichen sein mussten – eine Ausgeglichenheit insgesamt, inkl. dem US-Dollar in herausragender Rolle, sollte genügen. Keynes wollte mit dem länderunabhängigen Bancor und einer Clearing-Union einen globalen Handel in selbstregulativer Ausgeglichenheit erreichen ... dies v.a. aber unbedingt ohne dabei eine nationale Währung in eine global so installierte Position zu brin-

gen. Keynes hatte (sogar im Sinne der USA!) gute Gründe. Er wollte ein dauerhaftes, gerechtes globales Gleichgewicht erreichen, denn: Wenn global genügend Dollars zirkulieren sollten, damit dieser international die Rolle als Reserve- und Handelswährung ausfüllen konnte, mussten die USA dauerhaft mehr importieren als sie exportierten. Nur so konnte sich der US-Dollar global ausreichend verbreiten und seine ihm zugewiesenen Aufgaben erfüllen. In Verbindung mit der nachfragebedingten Aufwertungs-tendenz von Leitwährungen, die zu einem fortschreitenden Wettbewerbsverlust der einheimischen Industrieproduktion führt (das vom Autor so genannte „Monetary-Dutch-Disease“),⁶ forcierte diese Konstellation immer weiter die De-Industrialisierung der USA. Heute arbeiten noch ca. 10 Prozent der US-Amerikaner in der Industrie, Ende der vierziger Jahre waren es noch über 40 Prozent! Dieser Wandel von der führenden Industrienation zur Dienstleistungsgesellschaft (mit heute grotesk überproportionalem Anteil der Finanzindustrie am US-BIP von 40 Prozent!) ist für die USA heute das zentrale Problem: Die Position des US-Dollars als global bevorzugte Leit-, Reserve- und Handelswährung ist für die USA eine absolut existentielle geworden. Wenn der US-Dollar seine heutige Rolle verliert, müssten die USA wieder eine ausgeglichene Außenhandelsbilanz erreichen, doch eine solche ist für Länder mit einem Industrieanteil von wesentlich unter 20 Prozent erfahrungsgemäß kaum zu erzielen, da allzu viele Industriegüter importiert werden müssen. Selbst deutliche Währungsabwertungen können nicht schnell genug für mehr Industrieexporte genutzt werden, da die Produktionskapazitäten nicht schnell genug geschaffen werden können und daher nur ohnehin schon billige Güter (Agrar usw.) nur noch etwas billiger werden >

– der Abwertungseffekt verpufft daher im Wesentlichen, wenn eine Volkswirtschaft eine zu geringe industrielle Basis hat.⁷ Es ist also leider gut begründbar zu befürchten, dass die Rolle des US-Dollars in der Welt durch die USA – wohl auch unter Obama – weiterhin mit aller Macht verteidigt wird,⁸ wodurch eine wirkliche Problemlösung – sprich: ein geordneter Ausgleich der Ungleichgewichte – allerdings leider unwahrscheinlich bleibt.

Die Situation ist nun fatal: Es herrscht ein global-ökonomisches Ungleichgewicht, dass es so noch nie gegeben hat. Es war eine Entwicklung, aus der man nicht rechtzeitig den Ausweg fand oder wagte, eine Situation, die ohne heftige Krise schon bald nicht mehr revidierbar sein konnte.

Es lief immer weiter was im so fatal installierten – und sogar auch machtvoll aufrechterhaltenen – System vermeintlich weiterlaufen musste, da alle Entscheidungen stets konsequent systemkonform getroffen wurden und unser Geld- und Wirtschaftssystem von den jeweils mächtigen Personen nie wirklich grundlegend zur Diskussion gestellt wurde.

So lief das System als Ganzes immer weiter auf den letztlich unumgänglichen Crash zu ... die größte Volkswirtschaft der Erde, die USA, wurde dabei substantiell ruiniert, da industriell entkernt, die Bürger der USA gehören also ebenso zu den Spät-Opfern von Bretton-Woods.

Das Motiv:

Die US-Regierung hatte jahrzehntelang die Macht über die fixierte Welt-Position des Dollars alle ihre globalen Vorhaben vom Rest der Welt mitfinanzieren zu lassen (ihre Schulden durch die, zumeist ebenfalls weit unterschätzte, Dollar-Inflation aber wieder zu mindern) – doch der globale „Tag der Wahrheit“ rückte immer offenkundiger näher:

Das schon lange Offensichtliche wurde bis zuletzt von den allermeisten Ökonomen, Politikern und Medien ignoriert: Selbst als der US-Konsum immer deutlicher auf den unvermeidlichen Kollaps zulief (die Kreditvergabekriterien immer grotesker fahrlässig wurden, die Immobilienblase durch die immer weitere Neu- und Zusatzbeleihung der Hypotheken immer unübersehbarer wurde) sorgte die Abhängigkeit der Welt von der Nachfrage aus den USA für den weiteren Fortbestand der bestehenden Situation – alles vor allem, um den unvermeidlichen Kollaps noch weiter hinauszuzögern.

... damit kommen wir zur Niedrig-Zins-Politik der Notenbanken:

Die Niedrig-Zins-Politik der US-Notenbank Fed war eine Strategie, die das Ziel verfolgte, dass bestehende Ungleichgewicht möglichst lang vor dem Kollaps zu bewahren. Billiges

Geld sollte die Märkte bei Laune halten – erzeugte dabei aber jene Spekulationsblasen, deren Platzen dann zur derzeitigen Krise führten.

Die US-Immobilienblase wurde dabei billigend in Kauf genommen!

Aus folgendem Grund: Die US-Schatzbriefe wurden durch die Niedrig-Zins-Politik der Fed zu unattraktiv, die Renditen sanken, die globalen Gelder mussten aber weiterhin zuverlässig in hohem Maße in die USA fließen, die Immobilien-Anleihen mussten also an ihre Stelle treten. Sie galten aufgrund des beharrlich beibehaltenen Triple-A-Ratings der Agenturen als quasi-Schatzbriefe (die Welt lieh nun nicht mehr dem Staat USA direkt Geld, sondern deren Immobilienbesitzern), waren aber besser verzinst ... und verteilten sich ... und verteilten sich

Um die globale Ungleichgewichts-Abhängigkeits-Situation weiter aufrechtzuerhalten, musste alle Welt US-Immobilien-Kredit-Pakete ankaufen...die Immobilienblase schwoll dabei an bis sie 2007 platzte. Doch wann wurde der Entschluss zur Niedrig-Zins-Politik gefasst, und wer mischte mit?

Wie uns Alan Greenspan in seiner Autobiografie „Mein Leben für die Wirtschaft“ 2007 selbst mitteilte,⁹ wurden die Investoren 1998 durch die Weltwirtschafts- Detonationen der Asien- und Rußlandkrise zunehmend nervöser. Das weitere Wachstum der Weltwirtschaft war allgemein infrage gestellt, eine globale Krise wurde befürchtet ... die große Flucht der globalen Renditegelder in die sicheren Sachwerte musste verhindert werden, da die aufgestauten Inflationspotentiale dabei schnell in eine offenkundige Geldentwertung (v.a. zunächst Vermögenspreisinflationen) übergegangen wären, d.h. massive Preissteigerungen in nahezu allen Segmenten nach sich gezogen hätten.

Die größten Notenbanken der westlichen Welt entschieden sich damals („hinter den Kulissen“ des G8-Gipfels) für eine Krisenintervention im ganz großen Rahmen: Sie setzten fortan die Förderung des Wachstums ausdrücklich an die erste Stelle ihrer Prioritäten, die Wahrung der Preisstabilität musste hinten anstehen. Kurz: Der Weg in die Inflation wurde beschritten und auch Europa zog „gemäß der Verpflichtungen“ nach.¹⁰ (Dies, obwohl in den Statuten der EZB eindeutig die Vorrangigkeit der Preisstabilität festgeschrieben wurde, nur wenn diese gesichert sei dürfe das Wachstum der Wirtschaft gefördert werden!)

Der bis heute nahezu unbekannt Skandal:

Bei der Lektüre dieser Zeilen wird sofort klar, dass dergleichen nicht mit seriösen Mitteln länger als einen kurzen Moment hätte funktionieren können: die billigen Gelder



würden ja nicht alle „nur“ in neue Spekulationsblasen fließen, große Teile davon mussten unweigerlich in die Realökonomie einsickern, doch: steil ansteigende Inflationsraten hätten die Strategie schnell scheitern lassen, die Gelder damit ebenfalls schnell in die Sachwerte verjagt.

Ohne die bis heute noch geradezu surreal-unbekannte *Inflationsstrategie*¹¹ – mit Gewissheit eines der größten Tabuthemen der heutigen Notenbanken und Bankenwelt, Politik, Ökonomie und Medien¹² – hätte die Niedrig-Zins-Strategie der großen Notenbanken nur kurz „situativ“ aufklackern können.

Das Gefühl der Europäer, dass der Euro ein Teuro sei, hatte nie getrogen!

In aller Deutlichkeit:

Wir leben seit Jahren in einer Hochinflationsphase!

Diese *Inflationsstrategie* bedeutete seither: Die wahre – für den Durchschnittsbürger real so zu tragende – Inflationsrate musste möglichst lang bedeutend höher sein als die offizielle, nur so blieben und bleiben die Sparer mit ihren niedrigen Zinsen und die Lohnempfänger mit ihren geringen Tarifierhöhungen zufrieden – so versuchte und versucht man den Zwängen des Zinseszins-Systems zu entkommen: Die Zahlen sollten *nominal* weiter beruhigend steigen, die *realen* Werte und Schuldenlasten dabei aber abnehmen. Die untragbar gewordenen Schuldforderungen wurden und werden dabei mit dem realen Wertverlust der ersparten Geldwerte und der niedriger gewordenen realen Kaufkraft unserer Löhne und Renten beglichen.

Diese Inflationsstrategie war für die längere Beibehaltung der Niedrig-Zins-Politik zwingend notwendig, und v.a. auch aus kriegspolitischen Gründen eine Voraussetzung:

Nach den drastischen Zinssenkungen v.a. nach dem Dow-Jones-Absturz ab März 2000 und nach dem 11. September 2001 hätte die Fed die Zinsen bei steigenden Inflationszahlen schon bald wieder deutlich anheben müssen ... der Irak-Krieg ab 2003, und nahezu alles Weitere bis heute, wäre für die USA dann aber nicht mehr finanzierbar gewesen. Nur durch die konzertierte Inflationsstrategie der größ-

ten Notenbanken konnte die Niedrig-Zins-Politik der Notenbanken also über einen längeren Zeitraum praktikierbar bleiben.

Die wahre Inflation ist offensichtlich:

Der seither geschehene Wertverlust des Geldes findet sich am deutlichsten im fulminanten *nominalen* Anstieg des Goldpreises belegt. Als unbestechlicher Geldwertmesser ist die *reale* langfristig so beobachtbare Kaufkraft des Goldes untrüglich: Während sich der Goldkurs seit 2002 *nominal* verdreifachte, erhielt man – wie seit jeher – in der Londoner City *realiter* nach wie vor nur einen guten Anzug pro Feinunze, in Deutschland auch weiterhin nur einen guten Kleinwagen pro Kilo ... mittlerweile bestenfalls in gut-gehobener Ausstattung.

Hätten die niedrigen Inflationswerte der letzten Jahre auch nur annähernd der Wahrheit entsprochen, hätte sich das Gold also tatsächlich *real* entsprechend verteuert, so müsste ein Kilo Gold mittlerweile allerdings locker für den Erwerb eines neuen 5er-BMW oder einer Mercedes E-Klasse genügen.

Fazit:

Die *Niedrig-Zins-Politik* der Notenbanken der letzten Jahre war also nur eine großangelegte Kollapsverzögerungsmethode, die nur mit den skandalös unlauteren Mitteln der *Inflationsstrategie* so lange funktionieren konnte, die die Krise dabei aber letztlich nur noch mehr vergrößert hat. Bezahlt wurde sie mit der gesunkenen Kaufkraft der Löhne, Ersparnisse, Renten sowie der Zukunft von Millionen überschuldeten US-Bürgern und vielen Anderen und allen sonstigen Leidtragenden der nun umso größer ausfallenden Finanz- und Wirtschaftskrise.

Die Banken waren nicht die eigentlichen Schuldigen, sie mussten reagieren:

Die Banken (so v.a. Dirk Müller in „Crashkurs“, S. 247 ff.) hatten die Real-Wertverluste ihrer Werte schnell erkannt und unternahmen alles, was in der Lage sein konnte diese auszugleichen. So ist auch die aktuelle Bankenkrise nur mit Kenntnis der zahlen-„kreativ“-kaschierten Inflationsstrategie vollends zu erklären. Sie zockten immer spekulativer, finanzierten den Hedge-Fonds- und Private-Equity-Boom der letzten Jahre mit Krediten (die Regierungen ermöglichten all dies durch gezieltes Wegsehen und entsprechend Finanzmarkt-freundliche Regelungen) ... die 25%-Renditeforderung Josef Ackermanns war also nie *primäres Problem* sondern in erster Linie ein – aus Bankensicht notwendiges – *Situations-Resultat*.

Die Niedrig-Zins-Politik der Notenbanken, inkl. Inflationsstrategie, war/ist nur eine erstmals so versuchte Kollapsverzögerungs-Methode im derzeitigen Crash-Finale dieses Zinsgeld-Kapitalistischen Krisenzyklus, die eines Tages – funktionierende Medien und eine ideal-wissenschaftliche Ökonomie vorausgesetzt – als *der* grandiose Irrweg unserer Zeit bekannt sein dürfte.

Der Null- oder Niedrig-Zins nach Einführung einer konstruktiven Umlaufsicherung für das Geld wäre etwas völlig anderes:

Die Niedrig-Zins-Situation nach einer freiwirtschaftlichen Geldreform (in Verbindung mit einer Bodenreform¹³), hat aber – bis auf die oberflächlich erkenntlichen niedrigen Zinsen – mit obigem nichts zu tun. Durch diese konstruktive Änderung des Geldes, die Umlaufsicherungsgebühren oder Negativzinsen auf Bargeld und bei Bedarf Girokonten¹⁴ würden die bestehenden Geldmengen nicht weiter leistungslos (nominal) anwachsen, sondern in die Realökonomie gelenkt, würden zum 100%-igen Werterhalt bereitwillig auch ohne Zinsen weiterverliehen.

Die Effekte kämen direkt in der Wirtschaft und bei der Lebensqualität der Menschen an, wären damit ganz andere als bei der heutigen Inflationsstrategie-kombinierten Niedrig-Zins-Strategie der Notenbanken:

1. Alle Bar- und Girobestände würden entweder zum baldigen Tausch gegen Waren oder Dienstleistungen bewegt, also in die Realökonomie fließen müssen, oder wären – zur Umgehung der periodischen Wertverluste – zeitlich gebunden bei den Banken anzulegen um von diesen zu niedrigen Zinsen weiterverliehen werden zu können.
2. Durch den dann schnellen und relativ gut prognostizierbar gleichmäßigen Umlauf der Geldmenge¹⁵ käme die Notenbank erstmals in die Lage, diese präzise steuern zu können. Dauerhafte Geldwertstabilität würde möglich, Kreditgeber könnten angesichts der Kosten für die Bargeldhaltung und der dann real-existierenden Wertstabilität mit einer 100%-igen Rückzahlung zufrieden sein.
3. Hierdurch erst würde eine Gleichgewichts-Ökonomie möglich. Der durch den Zins definierte Mindest-Wachstumswang entfiel. Mit Freigeld verschuldete Unternehmen könnten bedeutend besser durch Krisen manövrieren. Phasen der Stagnation wären durch den wegfallenden Zinsdruck kein so übermächtiges Problem mehr.
4. Auch könnten die wegen der derzeitigen Krise explodierenden Staatsschulden weitgehend vermieden werden, da eine Umlaufsicherung für das Geld die Wirtschaft bedeutend effektiver fördern würde.¹⁶ Die Staatsschulden sind ja

eigentlich nur eine verzinsliche Umlaufsicherung für das Geld, können das primäre Problem selbst daher nur vergrößern und sind nur dazu geeignet, den unvermeidlichen Kollaps entsprechend in die Zukunft verlagern. (*Siehe hierzu Abb. 1 auf Seite 7*)

5. Die nominale Zins-Umverteilung nach oben würde beendet. Diese sorgte in Zeiten der Inflationsstrategie v.a. dafür, dass die verzinslich angelegten Geldwerte von dieser nur entsprechend vermindert dezimiert wurden, während die Kaufkraft der Löhne etc. aber in vollem Maße entwertet wurde.

Fazit:

Die Probleme würden so endlich grundlegend behandelt und nicht mehr nur zwangsläufig immer weiter anwachsend bestmöglich in die Zukunft verlagert. Es gäbe nicht nur billiges Geld für die Banken, dass – v.a. aufgrund der verschiedenen Risiko- und Gewinnpotentiale – nicht in der Real-Ökonomie ankommt sondern in großen Teilen in der Finanzsphäre verbleibt. Die Banken verlören z.B. auch die Möglichkeit, das Gratis-Notenbankengeld zu nehmen und woanders (z.B. in Staatsanleihen) lukrativ anzulegen, was in letzter Zeit so schön zur Gesundung der Bankbilanzen beitrug.

Die Zinsen für die Kredite selbst würden sinken, die Banken wären nur noch unspektakuläre Vermittler, verdienten aber weiterhin an der Spanne zwischen negativen Einlage- und nahe Null liegenden Kreditzinsen.

In Verbindung mit anderen Schritten wie *Bancor*, selbstregulativ zum Ausgleich bewegende *Clearing-Union* nach Keynes (Länder die Export-Überschüsse erzielen müssten ebenso Ausgleichsbeträge bezahlen wie Länder mit Handelsbilanz-Defiziten), *Tobin-Steuer* auf internationale Kapitaltransfers, unter Umständen *Vollgeld* nach Joseph Huber für eine solide Basis in der Geldwirtschaft und einer grundlegenden Zäsur in der Bankenwelt,¹⁷ *Bodenreform* im Sinne von Silvio Gesells Freiland, ... könnten die angewachsenen und derzeit kollabierenden Ungleichgewichte nachhaltig ausgeglichen werden und dann künftig dauerhaft vermeidbar bleiben.

Was logisch und richtig ist muss beharrlich formuliert und diskutiert werden, endlich auch seinen Weg in die mediale und wirtschaftswissenschaftliche Diskussion und Literatur finden, damit die Politik die Probleme endlich an ihren Wurzeln löst.

Irgendwann wird zu beurteilen sein, ob die derzeitige Krise auch zu einer Chance wurde ... es wäre zu hoffen! ■

ANMERKUNGEN

- 1 Siehe u. vgl. Moewes in „Humanwirtschaft“, 01/2008, S. 16/17
- 2 z.B. SPIEGEL, 11/2004, S. 78
- 3 vgl. dieses Irrsinnskonzept allen Ernstes ganz sachlich-trocken und quasi-natürlich formuliert in Samuelson/Nordhaus, „Volkswirtschaftslehre“
- 4 dies sind neue Erkenntnisse, die von Georg Zoche in „Welt Macht Geld“ (Blumenbar-Verlag 2009) aufgezeigt wurden: Der US\$ wurde von den USA kurz vor der Ratifizierung durch die US-Delegierten entsprechend in die Verträge manipuliert, Keynes und die anderen Delegierten erkannten erst danach, was sie in Bretton-Woods Irrsinniges mit beschlossen hatten. Großbritannien nahm „das Angebot dann erst an“ (ratifizierte die Verträge von Bretton-Woods), als es dies wg. der dringend benötigten US-Kredite „nicht mehr ablehnen konnte“.
- 5 Vgl. Simon Bichlmaier, „Zu Geld und Ökonomie“, S. 182 ff.
- 6 vgl. mit „Der Euro als neue Leitwährung?“ in HUMANE WIRTSCHAFT, 05/2008 oder Simon Bichlmaier, „Zu Geld und Ökonomie“, S. 290 ff.
- 7 vgl. Batra, „Greenspan's Betrug“, S. 245 ff.
- 8 vgl. z.B. VDW-Materialien, 2-2003, „Gedanken zum Petro-Euro“ oder Simon Bichlmaier, „Zu Geld und Ökonomie“, S. 182 ff.
- 9 vgl. Alan Greenspan, „Mein Leben für die Wirtschaft“, S. 224/225, oder Simon Bichlmaier, „Zu Geld und Ökonomie“, S. 277 ff.
- 10 vgl. Greenspan, „Mein Leben für die Wirtschaft“, S. 494
- 11 vgl. Sloterdijk, in SZ-Interview v. 03.01.2009, Dirk Müller, „Crashkurs“,

- S. 247 ff. oder Simon Bichlmaier, „Zu Geld und Ökonomie“, S. 147-165, S. 267 ff. und S. 284.
- 12 Die WirtschaftsWoche v. 02.06.2008, Titel: „Die wahre Inflation: 12 %“ war ein einsames Medien-Highlight ... hier bezog man sich auf die von Prof. Brachinger/Schweiz so ermittelte und ausdrücklich so benannte *wahre Inflationsrate*, die sich ergibt, wenn die Bestandteile des Warenkorb des Stat. Bundesamtes bzgl. ihrer durchschnittlichen Kaufhäufigkeit realistisch gewichtet würden – der Euro startete demnach mit 11% Inflation, diese sank dann etwas ab und stieg dann wieder zu den o.g. 12% ..., doch auch die WiWo hatte dies schon ein paar Seiten später in der selben Ausgabe wieder „vergessen“ und befand Papiere mit 5% Zinsen p.a. für empfehlenswert!
- 13 vgl. z.B. mit Dirk Löhr, „Geldreform ohne Reform der Boden- und Ressourcenordnung?“, HUMANE WIRTSCHAFT, 06/2009, S. 18 ff.
- 14 siehe der Vorschlag v. Greg Mankiw/Harvard (5 % Minuszins auf Girokonten in Verbindung mit jährlicher Auslosung der Seriennummer-Endnummern, was einem Minuszins auf Bargeld von 10 % p.a. entspräche)
- 15 zur konstruktiven Umlaufsicherung könnte bei Bedarf noch das von Joseph Huber konzipierte Vollgeld kommen (siehe H. Creutz, „Umlaufgeld – 100%-Geld – Vollgeld“, in Humanwirtschaft 03/2008, S. 24 ff.)
- 16 vgl. z.B. Gregory Mankiw in FTD v. 28.04.2009
- 17 wie in „Pleite auf Raten“, von Andreas Bangemann in HUMANE WIRTSCHAFT, 2/2009, S. 16 ff. beschrieben

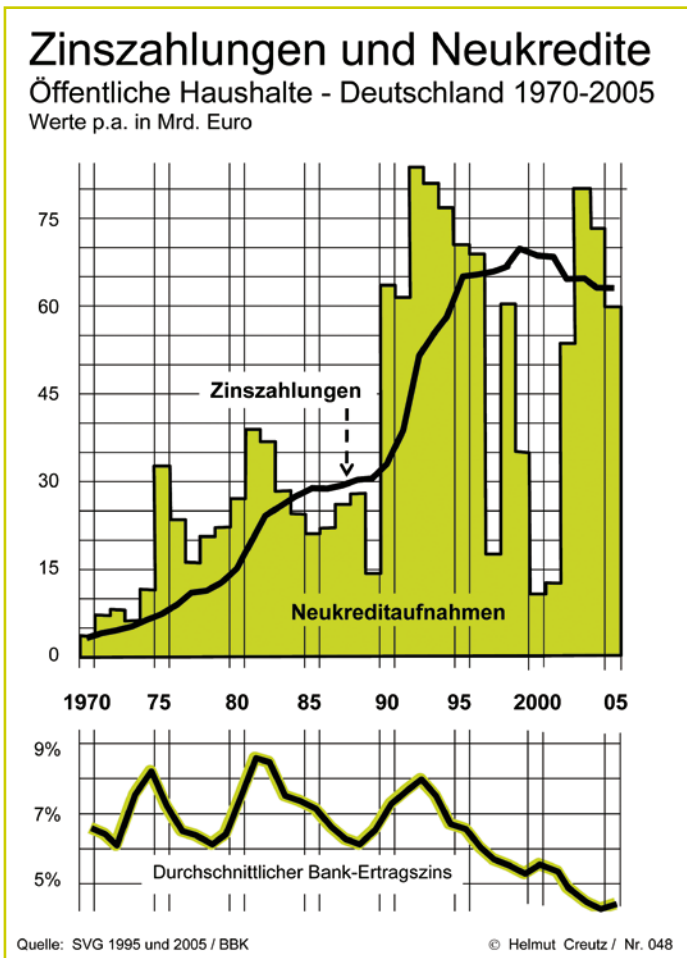


Abb. 1.

Erläuterungen zu Abb. 1 (Helmut Creutz):
Zinszahlungen und Neukredite Öffentliche Haushalte
 1970 bis 2005:

In der Grafik sind sowohl die jährlichen Neukreditaufnahmen des Staates (helle Säulen) als auch die jährlichen Zinszahlungen der Öffentlichen Haushalte in Deutschland als Kurve in Mrd Euro wiedergegeben, zusätzlich im unteren Teil die Durchschnittlichen Zinssätze.

Addiert man die gesamten Neukreditaufnahmen in den 35 Jahren, dann stiegen diese von 64 auf 1.489 Mrd Euro und damit um 1.425 Mrd Euro auf das 23-fache an, während das BIP und die Steuereinnahmen nur auf das Sechsfache zunahmen! Addiert man nun die im gleichen Zeitraum geleisteten Zinszahlungen, dann ergibt sich hierfür ein Betrag von 1.305 Mrd Euro. Das bedeutet aber, dass die Neukreditaufnahmen in Höhe von 1.425 Mrd Euro fast im vollen Umfang in den Zinsendienst geflossen sind! Lediglich die Differenz zwischen Zinszahlungen und Neukreditaufnahmen in Höhe von 120 Mrd Euro hat dem Staat für Investitionen oder sonstige Ausgaben zur Verfügung gestanden!

Fragt man nach dem Nutzen der ganzen Aktion, dann schlägt dieser also nur bei der Minderheit jener Haushalte zu Buche, die dem Staat ihre Ersparnisse geliehen und dafür jene 1.305 Mrd an Zinsen erhalten hat – auf Kosten aller anderen Bürger! Und da dieser zinsbedingte Umverteilungs-Mechanismus von der Mehrheit zur Minderheit ebenfalls für die fünf Mal so hohen Schulden der Wirtschaft und Privathaushalte gilt, erklärt sich auch die zunehmende Scherenöffnung zwischen Arm und Reich in unseren Gesellschaften.

Die annähernde Gleichheit von Kreditausweitungen und Zinszahlungen wird bereits aus der Darstellung optisch erkennbar. Ebenso der Tatbestand, dass beide Entwicklungen nach jeder Hochzinsphase – im unteren Teil der Grafik wiedergegeben – beschleunigt ansteigen. Da aber die Masse der Geldvermögen (und damit auch die Verschuldungen!) deutlich rascher als BIP und Steuereinnahmen zunehmen, haben selbst geringe Veränderungen der Zinssätze immer gravierendere Folgen. So schlägt eine Erhöhung der Zinssätze um beispielsweise zwei Prozentpunkte in der Gesamtwirtschaft mit einem Belastungsanstieg von rund 130 Mrd. Euro zu Buche, beim Staat alleine mit rund 30 Milliarden!

Dass die Neukreditaufnahmen zwischen 1997 und 2001 so deutlich herunter gefahren wurden, verdanken wir dem Versuch, die damals festgelegten Kriterien für den Beitritt zur Währungsunion wenigstens vorübergehend zu erfüllen. Der Rückgang der Zinslasten in den letzten Jahren hängt ebenfalls mit dieser Abremmung zusammen, die jedoch bereits ihr Ende gefunden hat und jetzt umso steiler wieder in die Höhe schießen wird.

Heute schon findet jeder neugeborene Bürger bei uns in der Wiege 20.000 Euro Staatsschulden vor und zusammen mit den übrigen Schulden sogar 100.000 Euro! Schulden die diese jungen Bürger nicht gemacht haben, für die sie aber ein Leben lang gerade stehen müssen – hoffentlich nicht auch mit ihrem Leben!